

triebene bolschewistische Propaganda unterlasse. Die bolschewistische Strömung hat, wie die jetzige Ernüchterung nach dem mißglückten Kommunistenputsch zeigt, immer weniger Boden unter der Arbeiterschaft, welche zwar radikalisiert, jedoch in ihrer Mehrheit nicht kommunistisch gesinnt ist. Dieser Tage wurde die Spaltung der Linken und die Gründung einer neuen (dritten) Partei, die sich „Unabhängige sozialdemokratische Partei“ nennen soll, angekündigt. Jedoch wurde die Nachricht sofort von den Kommunisten demontiert. Inwiefern diese Meldung richtig ist, wird sich bei dem am 26. März stattfindenden Kongreß der Linken, der den Anschluß an die Dritte Internationale beschließen wird, zeigen.

Preußenlandtag am 10. März!

Das preußische Staatsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den am 20. Februar zu wählenden neuen Preußischen Landtag zum 10. März einzuberufen.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat verfügt, daß die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern nicht am 27. Februar, sondern am 20. März 1921 stattfinden. Die Frist für die Einreichung der Wahlvorschlüsse ist bis zum 5. März verlängert worden.

Agrarischer Entrüstungsrummel.

Die rechtsstehenden Zeitungen ertönen sich mächtig über die durch Beschluß des Preußischen Staatsministeriums erfolgte Auflösung des Landesökonomikollégiums. Dieser Entrüstungsrummel war vorauszusehen. Er beweist, daß das Junkertum sich durch die Maßnahme der Regierung schwer getroffen fühlt. Und dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß die agrarische Presse sich genötigt sieht, in ihren Kommentaren die Tatsachen einfach auf den Kopf zu stellen, um ihre Entrüstung selbst den eigenen Anhängern begreiflich zu machen.

So bezeichnet die „Deutsche Tageszeitung“ in einem „Provokation“ überschriebenen Beitrag das Landesökonomikollégium als die Selbstverwaltungsorganisation der Landwirtschaft. Das ist vollkommen irreführend. Die Selbstverwaltungsorganisation der Landwirtschaft ist der Verband der Landwirtschaftskammern, an dessen Bestande durch die Auflösung des Landesökonomikollégiums nicht das Mindeste geändert wird. Das Landesökonomikollégium dagegen war vom Tage seiner Begründung an nichts anderes als eine begutachtende Stelle. An der Existenz dieser technischen Deputation hatten die Landwirtschaftskammern nur das eine Interesse, daß sie das Landesökonomikollégium als eine Art Nebenregulierung im Landwirtschaftsministerium benutzen wollten. Deshalb haben schon frühere konservative Minister das Kollégium aufgelöst versucht.

Eine weitere Irrführung ist es, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ den Landwirtschaftsminister Braun es als Unterlassungsfünde ankreidet, daß er das Landesökonomikollégium nicht zusammenberufen hat. Der gleichen Unterlassungsfünde haben sich die unmittelbaren Vorgänger Brauns, die Herren v. Schorlemer und v. Eisenhardt-Rothe, schuldig gemacht. Nichts kennzeichnet die Heberfälligkeit des Landesökonomikollégiums mehr, als die Tatsache, daß auch diese Minister den begutachtenden Rat des Kollégiums ohne jeden Schaden für die Landwirtschaft jahrelang entbehren konnten!

Seheimrat Priesdorff entlassen.

Der Inspektor der Schutzpolizei, Seheimer Regierungsrat v. Priesdorff, hat unter dem 5. Februar durch den Minister des Innern Seering seine Entlassung erhalten.

In der bürgerlichen Presse bahnt sich deswegen ein großer Entrüstungsrummel an, an dessen Spitze bezeichnenderweise Haus Ullstein und namentlich die „demokratische“ „Berliner Morgenpost“ stehen. Eine Lokalkorrespondenz tritt ihnen zur Seite und verbreitet

über die Gründe der Entlassung Priesdorffs allerhand Unzutreffendes.

Wir können demgegenüber auf Grund zuverlässiger Informationen feststellen: Was die rechtliche Seite des Falles anbelangt, so arbeitete v. Priesdorff im Ministerium des Innern als Hilfsarbeiter (nicht als Beamter oder Festangestellter), so daß seine Entlassung jederzeit erfolgen konnte.

Sachlich ist zu bemerken: Priesdorff war seiner Aufgabe, die Sicherheitspolizei zu reorganisieren, persönlich nicht gewachsen. Er entbehrte des organisatorischen Talentes in jeder Beziehung und ging bezeichnenderweise zu dem Zeitpunkt im Jahre 1920, als die Reorganisationsfrage am dringendsten war, auf Urlaub und Dienstreisen. Er ist auch persönlich verantwortlich für eine Reihe vorgekommener schwerer Schlamereien, namentlich bei der Beschaffung der Schutzpolizei. Dieser Mangel an organisatorischem Talent wurde auch dadurch nicht abgemildert, daß Priesdorff auf seinen Dienststreifen Neben an die Polizeibeamten in altpreussischen Kasernenhofstell hielt, durch welche die Polizeibeamten unnötig gereizt und erbittert wurden.

Einem schweren Vertrauensbruch aber kommt es gleich, daß Priesdorff zu der Zeit als der Spezialrat der Schutzpolizei in der preussischen Landesversammlung erledigt wurde, hinter dem Rücken des Ministers Briefe an die Führer der Oppositionsparteien schrieb, so an Herrn v. Richter (D. Sp.) und Herrn v. d. Osten (Dnat. Sp.), in denen er den Standpunkt des Ministers bekämpfte. Diese Briefe sollten dazu dienen, die Opposition gegen den Regierungsstandpunkt zu stärken. Zur Verantwortung gezogen, erklärte Seheimrat Priesdorff, „er habe sich nichts dabei gedacht“. Dadurch wäscht seine Belastung nur, denn ein Regierungsrat, der solche Schritte tut, ohne sich etwas dabei zu denken, beweist damit seine völlige Urteilslosigkeit.

Wenn eine Korrespondenz behauptet, daß die Entlassungsverfügung auf einen nicht zu unterschätzenden Widerstand bei den Polizeibeamten stößen würde, so können wir aus bester Kenntnis der Dinge erklären, daß gerade das Gegenteil zutrifft: Durch die Kreise der Sicherheitspolizei wird ein Aufatmen gehen, daß dieser Reaktionär endlich von der Bildfläche verschwindet.

National-kommunistische Einheitsfront.

Fürstentwälder V. R. P. D. für Herrn v. Stühner-Carbe.

Die „Kote Fahne“ veröffentlicht eine Erklärung der Zentralleitung der V.R.P.D. gegen das Treiben in München, wo die kommunistischen Abgeordneten Graf und Thomas Arm in Arm mit der deutsch-nationalen Jugend den Revanchekrieg gegen die Entente predigen und zu diesem Zweck mit den alldeutschen gemeinschaftliche Propagandensammlungen abhalten. Gleichzeitig nimmt die Zentrale der V.R.P.D. dagegen Stellung, daß die kommunistischen Abgeordneten der bayerischen Kammer gemeinschaftlich mit den übrigen Parteien eine Erklärung bezüglich der Ententeforderungen abgegeben haben. Selbstverständlich wird aber in der Erklärung nur festgestellt, daß dieses Verhalten „nicht in Einklang mit den Grundgedanken der kommunistischen Partei“ siehe, irgendwelche Maßregeln werden trotz Diktatur und Zensurierung in diesem trassen Falle nicht angeht, so daß selbst die „Kote Fahne“ sich bemüht, aus eigenem dieser Erklärung hinzuzufügen: Es werde Sache der Organisation sein, zu prüfen, inwieweit dieses Verhalten organisatorische Folgen nach sich ziehe. — Offenbar traut sich die Reichsleitung der V.R.P.D. an ihre bayerische Gruppe ebensowenig heran wie die Reichsregierung an die Regierung Kahr.

Wir aber wollen bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß die Einheitsfront zwischen Deutschnationalen und V.R.P.D. nicht nur in Bayern besteht, sondern auch in Preußen. Wir unterbreiten der Öffentlichkeit folgenden Vorschlag: Einige unserer Fürstentwälder Genossen wurden vor kurzer Zeit auf der Straße von einem Mann angesprochen, der sich eifrig danach erkundigte, wo der Führer der Fürstentwälder Kommunisten, Ullstein, zu finden wäre. Unsere Genossen interessierten sich für die Angelegenheit und stellten fest, daß der sie Ansprechende ein Hilfspolizist war, der er-

stärkt, im Auftrage des Herrn v. Stühner-Carbe zu handeln. Herr v. Stühner-Carbe ist im ganzen Bezirk Frankfurt a. d. O. bekannt als wütender Gegner der Sozialdemokratie. Er ist kürzlich wurde er wegen Verleumdung sozialdemokratischer Minister zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt. Als früherer Amisoorichter hat er die Sozialdemokratie in jeder Weise schikaniert, unter seinem Szepter konnte auch nach Erlaß des Reichsvereinsgesetzes keine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden, wenigstens keine sozialdemokratische, weil Herr v. Stühner-Carbe bald an der unzureichenden Breite des Zuganges, bald an dem Nichtvorhandensein von Aborten auf unbauten Grundstücken Anstoß nahm. Die sozialistische Regierung hat diesen famosen Amisoorichter beseitigt, der deshalb mit doppelter Wut gegen sie kämpft.

Der Hilfspolizist bezeichnete nun folgendes als den Auftrag, den ihm Herr v. Stühner-Carbe gegeben hätte: In seinem Bezirk finde am gleichen Abend eine sozialdemokratische Versammlung statt. Ullstein, der ein geschickter Redner ist, möchte doch herüberkommen und durch eine kommunistische Diskussionsrede die Versammlung um ihren Erfolg bringen. U. war aber nicht zu finden. Der Hilfspolizist suchte daher andere Vorstandsmitglieder der Fürstentwälder Kommunisten auf, und tatsächlich ist dann ein Fürstentwälder Kommunist mit ihm zu jener sozialdemokratischen Versammlung herübergefahren und hat in der Diskussion gesprochen. Wir stellen also fest, daß auf den nationalsozialistischen Veranlassung hin Kommunisten die sozialdemokratischen Versammlungen hören, wobei dann die Leute vom Schlage der Stühner-Carbe die sachen den Dritten sind.

Deutsches Eigentum in Belgien.

Verzicht auf Beschlagnahme.

Der hiesige belgische Gesandte hat dem Reichsminister des Auswärtigen am 5. d. Mts. folgende Note übergeben:

„Die belgische Regierung beabsichtigt nicht, von den ihr nach dem § 18 der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages von Versailles zustehenden Rechten, das Eigentum der deutschen Staatsangehörigen zu beschlagnahmen, Gebrauch zu machen für den Fall, daß Deutschland gegen seine Verpflichtungen absichtlich verstoßen würde. Dieser Verzicht bezieht sich auf deutsches Eigentum in Belgien, seinen Kolonien oder dem von ihm verwalteten Gebiet, einschließlich insbesondere der Bankguthaben, ebenso wie auch Schiffe und Fahrzeuge in belgischen Gewässern. Das gilt ebenso von Waren an Bord belgischer Schiffe oder Fahrzeuge oder von nach Belgien zum Verkauf gefandter Waren.“

Von zuständiger Seite wird besonders darauf hingewiesen, daß der von Belgien ausgesprochene Verzicht in verschiedener Hinsicht weitergehend ist als der von der britischen Regierung bereits früher ausgesprochene Verzicht. Es wäre zu wünschen, daß der belgische Schritt dazu beitragen würde, dem vor dem Kriege selbstverständlichen Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Frieden wieder zur Geltung zu verhelfen.

Die Teuerungszuschläge. Der Wer-Ausschuß der Preussischen Landesversammlung hat in seiner heutigen Sitzung die Teuerungszuschläge, die eine sofortige Auszahlung der neuen Teuerungszuschläge an die preussischen Beamten gestattet, genehmigt.

Republikanische Regierungsarbeit. Zu unserer Besprechung in der Dienstag-Morgenausgabe teilen wir noch mit, daß die Schrift „Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen“ im Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H., Berlin W. 35, erschienen ist.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (Penschewitz) gibt seit dem 1. Februar unter der verantwortlichen Leitung von Martow und Abramowitsch die Zeitschrift „Der sozialistische Wote“ heraus, der die Aufgabe hat, die menschewistischen Elemente im Auslande zu sammeln und sie über die Gesamtlage in Europa und Rußland zu unterrichten.

Die „Humanität“ hat einer EE-Meldung zufolge von ihrem Personal alle Angestellten und Arbeiter entlassen, die sich nicht zur Dritten Internationale bekennen wollten.

Gegen die Verunstaltung Berlins.

Potsdam ist kürzlich mit einem Ortsstatut gegen die Verunstaltung des Stadtbildes vorgegangen. In Berlin steht die Angelegenheit gleichfalls zur Debatte; eine Änderung der baupolizeilichen Vorschriften ist in Vorbereitung. Da ist es gut, gleich die ganze Frage aufzurollen, ehe weiteres Unheil angerichtet wird.

In Berlin besteht wie in Potsdam für Häuser, die auf sonstigen Kosten gebaut sind, seit 1787 eine Schutzbestimmung. Darin wird den Bauherren eingeschärft, daß sie keineswegs die Freiheit haben, an der Fassade solcher Häuser Veränderungen nach ihrem Gutbefinden vorzunehmen. Es bleibt ihnen daher alles Ernstes untersagt, weder die Arkade, Bogen, Statuen, Gruppen oder auch andere Verzierungen davon wegzunehmen oder zu verändern. — Selbst das Allgemeine Landrecht von 1794 gibt schon Grundlagen für den Schutz des Ortsbildes. Es heißt dort: „Doch soll zum Schaden oder Unsicherheit des gemeinen Lebens oder zur Verunstaltung der Städte und Plätze kein Bau und keine Veränderung vorgenommen werden.“

Aus neuerer Zeit bildet das Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden von 1907 eine Handhabe, die aber nicht im geringsten voll ausgenutzt wird: „Die baupolizeiliche Genehmigung von Bauten und baulichen Veränderungen ist zu verweigern, wenn dadurch Straßen oder Plätze der Ortschaft oder des Ortsbildes gänzlich verunstaltet würden.“ Zunächst ist von diesem Recht in Berlin, mit der rühmlichen Ausnahme Wilmersdorfs, nur in bestimmten öffentlichen Straßen und Stadtebenen Gebrauch gemacht. Weiter hat man es rechtzeitig verstanden, die Wasserstraßen öffentlichen Straßen gleichzustellen, wo ebenfalls unsere Hauptverkehrsstraßen — die Eisenbahnen. Dürfte doch die Stadtbahn die „Stroße“ Berlins sein, die täglich die höchste Zahl von Passanten aufzuweisen hat. Und sollten für diese nicht die gleichen Grundregeln gelten, wie für die Passanten der Wilhelmstraße oder die der Linden? Wie diese, denen die Stadtbahn ein Lebensweg ist, müssen nun dauernd Berlin im Unterrod sehen. Der Gedanke an die Rückseiten der Breslauer Straße läßt erschauern. Aus hygienischen wie ästhetischen Gründen müßte in diesen Winkeln durchgegriffen werden. Daß die Möglichkeit der Abhilfe gegeben ist, dafür haben das Amtsgericht Neue Friedrichstraße, die Siedlungsbauten am Bahnhof Charlottenburg, wie auch die südlichen Schulneubauten am Nordring gute Beispiele geliefert.

Nach dem Gesetz von 1907 kann für bestimmte Straßen von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung die baupolizeiliche Genehmigung von Bauten verweigert werden, wenn durch diese die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes beeinträchtigt werden würde. Das gleiche gilt für bauliche Veränderung, wie Anbringung von Reklame- oder Schildern usw. an einzelnen Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung. Nun hat zwar die Stadt das Erlernen in der Breite Straße angekauft, aber die Anbringung von Reklameschildern hat sie nicht verhindert. Wenn die Stadt selbst bei ihren Sparkassen große Reklameschilder anbringt, soll es ihr auch schwer fallen, gegen die Verunstaltung durch Reklame vorzugehen.

Die schönsten Bauten Mit-Berlins (siehe Wolkmarkt) werden von oben bis unten durch Reklame überdeckt, auf den Dächern der „Linden“, wie am Potsdamer Platz, selbst an Fassaden und wo nicht, stehen und hängen, so selbst fahren die Schredgenpense von Lichtreklamen herum. Man sollte gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages benutzen, um diese Monstra ein für allemal zu beseitigen.

Das Ortsstatut zum Schutz Berlins gegen Verunstaltung sieht auch nur 23 Straßen und Plätze vor, die gegen Reklame zu schützen sind, während man gut noch einmal sozial Plätze gegen bauliche Verunstaltung Schutz angedeihen läßt. Beispielsweise sind die Kolonnen in der Leipziger Straße nicht gegen Reklame geschützt. Nach dem Verunstaltungsgesetz von 1907 können für die Bedienung bestimmter Flächen, wie Landhausviertel, Baderie, Brachstraßen, besondere Anforderungen gestellt werden. Davon ist dann auch für das Hansaviertel und für die Hohenzollern-, Landgraben- und Regententrasse Gebrauch gemacht worden, indem Höhenbeschränkungen festgelegt und Bor- und Zwischengärten angeordnet sind. Die Planung der Siedlungsbauten unserer Zeit wird ja auch zum Teil nach ähnlichen Gesichtspunkten vorgenommen. Doch für den alten Teil Berlins kennt man keine Bestimmungen, da sind der sich ausstübenden Inkultur in Bau und Reklame keine Schranken gezogen.

Es sind ferner auch keine Bestimmungen getroffen über das gleichzeitige Bedauern ausgeschlossener Baublocke. Wie notwendig diese sind, können wir jetzt am deutlichsten in den Randbezirken der verschiedenen Gemeinden beobachten. Auch im Innern der Stadt sind Baustellen durch Abriss frei geworden. Sind das keine Verunstaltungen? Ist das keine Beeinträchtigung des Straßenbildes, wenn man dort einen Rummel hinpflanzt? Auch die Umgebung von Friedhöfen wird verunstaltet durch das Verbot, nach den Friedhöfen hin Fenster anzulegen. Hier reißt dann der nackte Geibel, der meist noch mit Reklame verziert ist, nicht nur in das Straßen-, sondern sogar in das Ortsbild ein und schafft damit eine nie zu beseitigende Verunstaltung.

Ueber die Schädlichkeit unserer Baupolizeiordnung siehe sich wohl ein ganzes Buch schreiben. Ist doch schon vor dem Kriege ihre Abänderung verlangt worden. Hier haben wir es aber mit der leidenschaftlichen Bürokratie zu tun: zwei Jahre sind seit der Revolution verstrichen und nichts rührt sich. Die Hinterlassenschaft der alten bürgerlichen Stadtwirtschaft an Sünden auf diesen Gebieten ist riesengroß. Dem neuen Gemeinwesen erzieht die Verpflanzung, der Zukunft auf dem Gebiete des Bauens neue gesunde Grundlagen zu schaffen, und das dürfte bei etwas gutem Willen um so leichter sein, da nicht nur keine Kosten entstehen, sondern im wesentlichen Werte geschaffen werden können.

Otto Meyer.

Schwind (zu seinem 50. Todestage). Schwind! Wie Sonnenstein und Bogelang, wie Junge Liebe und Wanderlust, wie Melodien von Schubert und Weber klingt es uns aus diesem Namen. Der Geist der Romantik, ewig jung und ewig geheimnisvoll, grüßt aus seinem Wesen, der Duft der „blauen Blume“, die Sphäre des Biedermeiers. So ist Schwind für uns gleichbedeutend geworden mit der Verkörperung des Alltags durch das Wunder der Poesie, mit der Anmut des echten Märchens.

„Ich kann nichts anderes machen, als was mich freut.“ hat er einmal gesagt. Und ein andermal: „Wenn einer an ein schön's Bäumle sein Lieb und Freud hat, so zeichnet er all sein Lieb und Freud hinein, und es schaut ganz anders aus, als wenn ein Esel so was abschmiert.“ Diese Liebe und Freude, die sein Werk durchstrahlt, sie ist der Grundfaser seiner Kunst.

In jener goldenen Wiener Zeit, da er mit Schubert, Donner, Bauernfeld in seinem geliebten Elternhaus „Schwindeln“ die gemächlich tolle Biedermeierromantik durchstufte, hat er die Weibe fürs Leben und für seine Kunst empfangen. Schuberts Musik, dieser in selbigen Wohlklang verkörperte Volksgeist, die entzündende Anmut der Wiener Kultur, all dies ist seinen Werken von Anfang an eigen, wenn er sich auch zuerst in allerlei Brotarbeiten für Illustration und Bilderbogen, dann in nicht minder erzwungenen großen Wandfreisen ausgeben muß. Langsam ertringt er sich dem Bannkreis der strengen Unienkunst des Cornelius. Die monumentalen Illustrationen in München, Karlsruhe und anderwärts, sind akademisch, steif, und nur hier und da glänzt aus ihnen ein Strahl der lebhaftesten Erzählerfreude, wie in dem entzündenden Bild von „Ritter Kurde Brautfahrt“. Nachdem er in München seinen endgültigen Aufenthalt genommen, erblüht dann aus seinem Schaffen die köstliche Fülle der Naturmärchen, in denen Elfen und Gnommen, Einflöber und Spielteute, Ritter und Wanderburgen so frei und natürlich sich in der Landschaft bewegen wie in den Gedächtnissen eines Brentano und Eichendorff. In seinen Idyllen, Reisebildern und anderen „Gelegenheitsgedichten“ ist Schwind der wundervollste Schilderer der nach von Romantik durchseelten Welt des endenden Biedermeiers. Er acht in seinen romantisch-besessenen Landschaften Böden Naturbeschreibung voraus und schlägt in manchen seiner Wanderbilder bereits Thomas Kote an. Wie trotzdem dem Leben abtaucht sind seine Münchener Bilderbogen! Die Schönheit ist schlüchter Szenen, wie „Der Besuch“, „Die Hochzeitsreise“, „Der Abschied“ usw., hat er auch in seinen großen Märchen nicht überholt. In diesen Serien von „Aschenbrödel“, den „Stehen Raben“, der „Schönen Melusine“ ist er der kongeniale Meister des romantischen Märchengeschehens, wie ihn Tied und Brentano geschaffen, und in der noch glücklicheren Form schließen sich diesen Märchen die Bilder zur „Historie von der schönen Lau“ an.

Die „Prominenten“ demaskieren sich. Zuerst hieß es, die „Prominenten“ wollten nur die besonderen Interessen ihrer Operetten- und sonstigen Künstlergötter wahrnehmen — hand in Hand mit den Bühnengenossen. Da die Genossenschaft die ihr vorgeschriebene Bahn, unbeeinträchtigt von diesem Kometenschwärm fortgeschritten, sind die herrlichsten nervös geworden. Sie haben gesehen, daß man Ernst macht mit dem Boykott der Organisationserschütterer und Richtorganisten. Sie antworten mit einer Kriegserklärung.

Gegen Herrn Abel, der der Genossenschaft nicht angehört und sie offen bekämpft, ist eine Verurteilung im Gange.

Die Reform der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Prof. Dr. Kammund, der seit dem 1. Oktober im Preussischen Kultusministerium die Angelegenheiten der technischen Hochschulen bearbeitet, hat eine Denkschrift angebereitet, die der Reform der technischen Hochschulen als Grundlage dienen soll. Durchführung der Reformmaßnahmen kann zum 1. Oktober erfolgt werden.

Groß-Berlin

Paulsens Wahl bestätigt.

Der Oberpräsident hat die Wahl des zum Oberstadtschulrat gewählten Hamburger Lehrers Genossen Paulsen bestätigt. Die Bestätigung erfolgte auf Grund eines von der Hamburger Schulbehörde für Paulsen abgegebenen außerordentlich günstigen Gutachtens.

Deutscher Städtetag und Ententeforderungen.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in einer Sitzung am 7. d. Mts. zu den Forderungen der Entente Stellung genommen und folgenden Beschlus gefaßt:

Der Deutsche Städtetag fühlt sich gedrungen, auf das kräftigste zu bezeugen, daß die von der Entente erhobenen neuen Forderungen für das deutsche Wirtschaftsleben, vor allem auch für die industrielle Industrie und Arbeiterschaft unerfüllbar sind. Durch die deutschen Wirtschaftskräfte übersteigende Entschädigung und die weiter angebrochene Fesselung der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit Deutschlands würde Deutschland unmittelbar fremder Gewalt untertan und sein Wirtschaftsleben würde durch Verfall der notwendigen Bewegungsfreiheit unerschütterlich zum Erliegen gebracht.

Ein solches Vorgehen ist weder mit dem berechtigten Anspruch des deutschen Volkes auf Existenz noch mit den allgemeinen Kulturinteressen der zivilisierten Welt und auch der Entente selbst vereinbar.

Ein Bestehen auf den gestellten Forderungen hieße wirtschaftliche Vernunft ausschalten und Deutschland vor eine Lage stellen, in der nur noch die Verzweiflung die Entscheidung diktiert.

Das erste Berliner Bezirksamt.

Am Montag tagte die Bezirksversammlung Berlin-Mitte im Bürgeraal des Rathauses. Auf der Tagesordnung stand der kommunalistische Antrag, die Holz- und Kohlenplätze zu kommunalisieren. Christ (Komm.) vertrat den Antrag, indem er ausführte, daß seine Partei zwar eine kommunalistische Bedarfswirtschaft fordere, sich aber zuerst mit einer Kommunalisierung begnügen wolle, die Geld und Arbeit ersparen würde. Schenker (U.S.P.) beantragte Ablehnung von der Tagesordnung, wogegen Wolff Hoffmann (Komm.) protestierte. Der Tagesordnungsantrag der U.S.P. wurde angenommen. Nunmehr wurde zur Wahl des Bezirksamts geschritten. Zum ersten Bürgermeister wurde Parteiführer Fritz Schneider (U.S.P.) mit 30 Stimmen gegen Parteirat Dr. Liebrecht (29 Stimmen) gewählt; zum zweiten Bürgermeister Parteirat Dr. Gordan (Dem.) mit 32 Stimmen gegen Dr. Balzer (Bürg. Rechte) (19 Stimmen) und Dr. Rosenbergs, Bräutigam (Komm.) (9 Stimmen).

Die besoldeten Stadträte wurden in der Reihenfolge Kühne (S.P.D.) mit 20 Stimmen, Rosenow (der 68jährige bekannte demokratische Stadtratsmitglied und Stadtrat des alten Magistrats), 30 Stimmen, Gastwirt Bösel (Komm.), 22 Stimmen, Süßlich (U.S.P.), 33 Stimmen, Dr. Voigt (Bürg. Rechte), 30 Stimmen gewählt. Bei der Wahl des Sen. Rühne entstand ein sehr lebhafter Protest der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmgabe des B.P. Merz (Dem.), der den zur Wahl im Krankenzug in den Saal geschickten Sen. Kai. Cassel (Dem.) hinausgebracht hatte und vorher gegen Wulst seines Namens seitens des Stimmgählers seinen Zettel auf den Tisch gelegt hatte. Wolff Hoffmann wies der Rechten Mangel an Ehrlichkeit im Nächstenliebe vor.

Die unbesoldeten Stadträte wurden in Reihenfolge gewählt: Schall (Volkspartei), Seders (Komm.), Friedländer (U.S.P.), Herrmann, Stadtschreiber (S.P.D.), Ehrlich (Komm.). Das erste Bezirksamt Berlins, das nach seiner Bestätigung in das eigene Haus an der Straßburger Brücke einziehen wird, ist nach schweren Kämpfen in den Kommissionen nunmehr gebildet. Die Entscheidung hat bei der S.P.D. geleitet, die überall den Ausschlag zu geben hatte. Die Fraktion der S.P.D. war an zentrale Vereinbarungen gebunden, sie ließ sich aber vor allem von der Aufstellung leiten, bei dem Stimmenverhältnis von 31 zu 30. Umfö gegen Rechte, den Rechtsportalen den ihnen zählenden mäßigen zuzustehenden Einfluß zu erhalten. Gegen die Wahl des ersten Bürgermeisters Schneider (U.S.P.) waren sehr lebhaft Bedenken geltend gemacht worden, da die Hälfte der Fraktion einen Verwaltungssachmann den Tag geben wollte. Aber die U.S.P. lehnte die Befehle des zweiten Bürgermeisters ab und bot ihm der S.P.D. an, die ihn ablehnte, um wenigstens auf diesen Weg einen Verwaltungssachmann aus dem Berliner Magistrat zu bringen. Die S.P.D. hätte auch einen zweiten besoldeten Stadtrat durchbringen können, den sie jedoch den Kommunisten überließ, um diese zur Mitarbeit heranzuziehen. So hat die S.P.D., die wohl qualifizierte Männer hätte stellen können, sich von ihrem Verantwortungsgesühl allein leiten lassen, um ein Bezirksamt zustande zu bringen, das unter den obwaltenden Verhältnissen das höchste Maß von Arbeitsfähigkeit zum Wohl der Stadt aufzubringen verspricht. Hoffen wir, daß die hier von uns gezeigte Zurückhaltung sich als richtig und im Interesse des Bezirks Mitte liegend erweisen und das Vertrauen in die sachliche politische Auffassung und Reife der S.P.D. stärken wird. —astr.

Änderungen der Wohnungsluxussteuer.

Bekanntlich hatte die letzte Stadtratsversammlung die Wohnungsluxussteuer mit den dazu eingegangenen zahlreichen Anträgen zur nochmaligen Beratung an den Steuerauschuß zurückzuweisen, der deshalb eine dritte Sitzung dieser Vorlage vornahm. In der Beratung wurden mehrere wichtige Änderungen vorgenommen. So ist in § 1 die Bestimmung eingefügt worden: Bei Wohnungen bis zu 5 Wohnräumen und einer Jahresmiete von nicht mehr als 1500 M. ermäßigt sich die Steuer auf die Hälfte der Steuerhöhe. Entsprechend einem Zentrumsantrag wurde im § 6 folgende Vorschrift eingefügt: Teilt die Steuerpflicht oder die Erhöhung durch einen Sterbefall ein, so tritt die Steuer bzw. die Erhöhung erst mit Beginn des auf die Veränderung folgenden vierten Monats ein. — Besonders wichtig ist folgende, in der dritten Sitzung angenommene Bestimmung des § 9: Steuerpflichtige, deren den Normalbedarf übersteigende Räume nachweislich für Zwecke anderer Diener zur geforderten Mieteung sämtlich oder teilweise nicht geeignet sind, sind insoweit von der Steuer befreit. — Von der Annahme dieser Befreiungsvorschrift haben z. B. die Demokraten ihre Zustimmung zu der ganzen Wohnungsluxussteuer abhängig gemacht. Ferner wurde ein neuer § 10 beschlossen: Befreit von der Steuer sind die Wohnungen in Kleinmietungsbauten, wenn sie nicht mehr als 5 Wohnräume im Sinne des § 2 dieser Steuerordnung enthalten, nach dem 1. Juli 1917 errichtet und in Eigentum öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Körperschaften sind oder wenn durch eine Kontrolle dieser Stellen Sicherheit gegen spekulativen Handelsgewinn gewährleistet ist. — Zum Berichterstatter über die Grundsteuer und die Wohnungsluxussteuer wurde Genosse Hirsch gewählt.

Der Einbrecher mit dem Motorrad.

Ein berüchtigter Ein- und Ausbrecher, dessen Besonderheit es ist, seine Streifzüge von Berlin aus mit einem Motorrad zu unternehmen, um gleich die Beute am bequemsten wegzuschleppen zu können, wurde gestern von der hiesigen Kriminalpolizei wieder festgenommen. Es ist ein 22 Jahre alter Fleischer Walter Gruner, der vor einiger Zeit in Berlin verhaftet worden war. Nach Verurteilung zu einer längeren Gefängnisstrafe sollte Gruner zu einer weiteren Verurteilung nach Weimar gebracht werden. Auf dem Wege dorthin aber

Vom preußischen Wahlkampf.

Wahlen zum Provinziallandtag.

Bei den Wahlen am 20. Februar werden neben den Abgeordneten für den Landtag auch die für die Provinziallandtage gewählt. Daß es sich bei diesen Provinzialwahlen ebenfalls um hochpolitische Dinge handelt, ist vielen Wählern nicht bekannt. Es wird ihnen aber sofort klar werden, wenn sie sehen, wie zum Beispiel der Brandenburgische Provinziallandtag früher, unter dem wilhelminischen Regiment, ausgefallen hat und wie er nach der Revolution zusammengesetzt worden ist.

Der Brandenburgische Provinziallandtag für 1912-17 setzte sich folgendermaßen zusammen: 27 Landräte, 20 Rittergutsbesitzer, 4 Gutsbesitzer, 3 Gehelmräte, 2 Kommerzienräte, 1 Postzettelpräsident, 3 Bankdirektoren, 3 Rentiers, 2 Generäle, 1 Medizinalrat, 2 Amsträte, 2 Handwerker, 3 Schulmänner, 1 Kaufmann, 4 Bürgermeister, Gemeindepfleger und Amtsvorsteher, 7 Stadträte, 11 Stadtratsordnerte und — 2 Arbeitervertreter!

Nach der Revolution, unter dem Zwang der neuen politischen Verhältnisse, erließ der Provinzialausschuß am 28. August 1919 neue Bestimmungen über die Wahlen zum Provinziallandtag. Die Abgeordneten sollten nach den Grundbesitz der Verhältnisse Wahl in den Landkreisen durch den Kreisrat, in den Stadtkreisen durch die Stadtratsordnerterversammlung, also unter Ausschluß des Magistrats, gewählt werden. Maßgebend sollte die Einwohnerzahl nach der Volkszählung von 1910 sein, unter Einfluß der Militärpersonen. Wähler waren Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem halben Jahre ihren Wohnsitz in der Provinz hatten. Verbindungen von Wahlvorschlügen waren gemäß den Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 30. November 1918 zulässig.

Auf Kapp folgt Escherich! auf den Putz der Bürgerkrieg! Wer das nicht will, wählt Sozialdemokratisch! (S.P.D.)

Sofort veränderte der so gewählte 48. Provinziallandtag sein Gesicht vollständig. Das Generals-, Gehelmrats- und Großkassenelement wurde radikal zurückgedrängt, und in erheblicher Zahl zogen Vertreter des werktätigen Volkes in den Provinziallandtag ein. Bei dem bis heute bestehenden, am 15. Dezember 1920 eröffneten 50. außerordentlichen Brandenburgischen Provinziallandtag ergab sich nachstehende Zusammenfassung: 13 Landräte (früher 27), 22 Rittergutsbesitzer (früher 20), 7 Gutsbesitzer, darunter ein Kossät (früher 4), 1 Arzt, 5 Schulmänner (früher 3), 4 Handwerker (früher 2), 4 Fabrikbesitzer, 1 Oberpostsekretär, 23 Bürgermeister usw. (früher 40), 5 Stadträte (früher 7), 8 Stadtratsordnerte, zu denen eine Anzahl der nunmehr auf 15 angewachsenen Arbeitervertreter (früher 2) gehört. Ganz ausgemergelt wurden durch diese demokratische Wahl die 3 Gehelmräte, 2 Kommerzienräte, 2 Amsträte, 3 Bankdirektoren, 2 Generäle, 3 Rentiers und der Breslauer Postzettelpräsident v. Oppen, der wahrscheinlich in seiner Eigenschaft als Rittergutsbesitzer im Kreise Ober-Barnim durch den dortigen Kreisrat gewählt worden war. Es hat also eine gründliche Reinigung des Provinziallandtages von solchen Persönlichkeiten stattgefunden, die in einer derartigen Körperschaft absolut nichts zu suchen haben, aber im ehemaligen königlichen Preußen das große Wort führten und die Geschichte der Volksmasse von ihrem feudalen Standpunkt aus im Sinne der reaktionären Regierung zu bestimmen sich erlaubten.

Der letzte 50. Provinziallandtag setzte sich nach der parteipolitischen Zugehörigkeit folgendermaßen zusammen: 60 Bürgerliche (in der amtlichen Aufstellung sind die Parteien nicht als Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum besonders unterschieden), 7 Demokraten (die merkwürdigerweise also nicht den „Bürgerlichen“ zugerechnet wurden), 31 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige und 3 „Parteilose“, zu denen ein Landrats-Stellvertreter, der Oberbürgermeister von Cottbus und der Bürgermeister von Spremberg gehörten, die also wohl ebenfalls den bürgerlichen Parteien zugerechnet sind. So standen sich gegenüber 70 Bürgerliche und 35 sozialistische Abgeordnete — ein Verhältnis, das den tatsächlichen politischen Parteienverhältnissen absolut widerspricht, und durch die bevorstehende Wahl unbedingt geändert werden muß.

Wie die Reaktion nach in den nächsten Kreistagen wuchert, beweist der Umstand, daß es nicht nur nicht gelungen ist, die frühere Zahl von 20 Rittergutsbesitzern entsprechend zu drücken, sondern im Gegenteil: es wurden noch 2 mehr gewählt. Diesmal wird die Wahl nicht indirekt durch die Kreistage stattfinden, sondern direkt durch den Stimmzettel des einzelnen Staatsbürgers, so daß wohl die feudale Herrschaft ihren Todesstoß bekommen wird. Es muß erwartet werden, daß die Wähler aus den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Bauernkreisen in der Provinz am 20. Februar im höchsten Maße ihre staatsbürgerliche Schuldigkeit tun. Es ist ein durchaus ungesunder Zustand, daß in einem

gelang es ihm, mit mehreren anderen aus dem Gerichtesstand zu Bitterfeld zu entspringen. Seitdem machte er von seinem Berliner Schlupfwinkel aus mit seinem Motorrad neue Streifzüge, die er gestern von einer Streifenmannschaft der Dienststelle B I der Kriminalpolizei wieder festgenommen wurde.

Der Mieterverband Groß-Berlin, Ortsgruppe der Kreuzstraße 11, hatte am 6. Februar in Altem Residenz, Holtenauerstraße, die Fortsetzung der am 18. Januar vertagten Generalversammlung. Den Rollenbericht gab die in der vorigen Versammlung gewählte Revisionskommission, deren Sprecher Dauvis und Weber betonten, daß die Prüfung der Kasse und Bücher eine sehr eingehende und genaue gewesen sei. Wenn bei dem letzten Antragsan des Mitgliederbestandes, der gegenwärtig 86 000 beträgt, sind und wieder ein Fehler vorgekommen, so sei das eben auf diesen Ansturm zurückzuführen. Es müsse infolgedessen ein Sekretär vorhanden sein, der dem Vorstand für die Arbeiten des Bureau verantwortlich sei, demgemäß also seinen Mitarbeitern gegenüber die notwendige Autorität erhalte. Die Kasse finanzierte in Einnahmen und Ausgaben für das Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 mit 142 811 69 M. Die von der Revisionskommission beantragte Entlassung des Vorstandes wurde von der Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen. Hieran erhielt der Stadtratsordnerte Freund auf Verlangen der Versammlung das Wort, um Auffklärung zu geben über die bekannten Vorgänge im Mietereingangsamt Residenz. Im folgte Kornfeld, der diese Dinge einer sehr scharfen

Provinziallandtag von über 100 Mitgliedern sein einziger Kleinbauer (nur ein Kossät), sein einziger Landarbeiter und nur vier Angehörige des Handwerkerstandes sitzen, und daß die allgemeine Arbeiterchaft nur durch 15 Abgeordnete vertreten ist.

Durch die Vereinfachung des Stimmzettels ist diesmal die Wahl den Wählern außerordentlich leicht gemacht, und so ergiebt der Ruf an alle Wähler in der Provinz: Es tue am 20. Februar jeder seine Pflicht und Schuldigkeit, damit auch die Provinziallandtage endlich ein Gesicht bekommen, das vor dem staatsbürgerlichen Gewissen des Volkes nicht zu erröten braucht!

Die Regierung ist an allem schuld!

Man schreibt uns: In ihrer Abendausgabe vom 3. Februar (Nr. 60) drückt die „Kreuzzeitung“ an eine Aufstellung der sozialdemokratischen „Volkszeitung für Hinterpommern“ über viele hundert Morgen brachliegenden Landes von pommerschen Rittergütern und das Verfaulen erheblicher Getreidemengen eine auffallende Verachtung. Sie stellt die Behauptung auf, daß die angesichts der furchtbaren Ernährungsnot unverantwortliche Vernachlässigung in der Bodenbestellung durch die „verehrten Regierungsmassnahmen“ (womit die gegenwärtige preussische Regierung gemeint ist) und durch die „schematische Übertragung der Gewerkschaftsbewegung auf das Land“ erzwungen sei.

Das „verehrte Regierungsmassnahme“ nennt das Blatt gundoch die „ungeheure Verteuerung der Düngemittel“. Die „Kreuzzeitung“ weiß sehr genau, daß beispielsweise der preussische Landwirtschaftsminister Braun geradezu einen Rosenkranz für die Verteuerung der Düngemittel führt, während andererseits die bürgerliche Reichsregierung unter Führung des Ernährungsministers Hermes der Düngemittelindustrie neue gewaltige Subventionen zuschieben strebt, wodurch die künstlichen Düngemittel dauernd auf unerträglich hoher Preisstufe erhalten wurden.

Als zweite „Regierungsmassnahme“ nennt die „Kreuzzeitung“ die „Ablieferung von Zuchtvieh an den Feindbund“. Jedermann weiß, daß diese bedauerliche Tatsache eine Bestimmung des Friedensvertrages ist, an der die preussische Regierung nicht einen Deut ändern kann.

Von der „schematischen Übertragung der Gewerkschaftsbewegung auf das Land“ behauptet die „Kreuzzeitung“, daß die Landwirtschaft besonders infolge der durch den Landarbeiterverband mit Hilfe des Landwirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers hervorgerufenen Streikbewegung gelitten habe. Tatsache ist dagegen, daß gerade diese drei Instanzen alles Menschensmögliche — und im ganzen mit Erfolg — getan haben, die Landarbeiterbewegung überhaupt einen explosionsartigen Charakter anzunehmen zu verhindern, und die Unterdrückung der Koalitionsfreiheit der Landarbeiter und der ihnen gegenüber Jahrhunderte hindurch gelitten elenden Behandlung.

Als weitere „verehrte Regierungsmassnahme“ zählt die „Kreuzzeitung“ auch noch den „frühen Frost“ auf. In dieser Hinsicht muß man der Regierung allerdings eine „landwirtschaftlich vernünftigerer Politik“ anraten. Seinehe möchte man ihr empfehlen, sich dieserhalb mit der „Kreuzzeitung“ in Verbindung zu setzen, die vielleicht bessere Beziehungen zu den himmlischen Wetterkuchern hat.

Wahlpropaganda auf dem Lande.

Im letzten Sonntag ward der Wahlverein Blankenfelde und Umgegend (Kreis Teltow) in gut besuchter öffentlicher Versammlung für unsere Partei. Kurz vor Eröffnung der Versammlung erschien ein Trupp von ungefähr 30-40 Jünglingen und Jungfrauen, die — nach Wandervogelort ausgerüstet — sich als Angehörige eines kommunistischen Jugendbundes vorstellten. Trotzdem ein gut Teil von ihnen sicher gerade das 14. Lebensjahr erreicht hatte, wurde ihnen unter der Bedingung, daß sie sich nicht betrogen, die Teilnahme an der Versammlung gestattet. Genosse Lehrer Braun-Jossen hielt das Referat. Er gestellte mit scharfen Worten die verheerende Kriegs- und Friedenspolitik unserer Grenze von der Rechten und links das Maulheldentum unserer Grenze auf der Linken. Als er dabei auch den Kommunisten wenig schmeichelhafte Worte sagte, erhob sich unter den Jugendlichen lauter Widerspruch. Immerhin aber gelang es den besonnenen Mitgliedern des Jugendbundes, ihre rabulustigen Brüder und Schwestern während des Referats in Schach zu halten. In der Debatte entwickelte eine 20-jährige Kommunistin ihr Parteiprogramm. Sie war bemüht, sachlich zu sein, ihre Ausführungen waren aber unklar und verworren. Ein zweiter Redner, der sich aus der Jugendankunft auf zum Wort gemeldet hatte, vernichtete darauf mit dem Bemerkung, daß er das, was seine Korrednerin gesagt habe, auch nicht besser sagen könne. Als dann aber ein Vortrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde, erhob sich ein Jungbuebe ohnegleichen, das auch durch Pöbel unterstützt wurde. Mit einem dreifachen Hoch wurde von den Kindern die Dritte Internationale gefeiert, und unter dem Wüsten eines Liedes, das wenig schön (die Sänger hatten fast alle Stimmwechsel), dafür aber so lauter gebillt wurde, verließen die Jünglinge und Jungfrauen protestierend das Lokal. Unsere Genossen waren natürlich besonnen und humorvoll genug, sich dieses kindisch-politische Gebaren ruhig mitanzusehen und zu lachen. Im Schlußwort wies Genosse Braun darauf hin, daß bei den kommenden Wahlen jede Stimme wichtig ist. „Werdet darum für unsere alte sozialdemokratische Partei! Erbt alle, Mann und Frau, am 20. Februar Euren Stimmzettel der S.P.D.“ Und wenn die Genossen aus der Stadt hier und da noch etwas Wahlhilfe leisten, dann wird auch auf dem Lande unsere Partei siegreich sein.

Genoff unterzog. Die Einzelnenheit soll, wie Herr Freund mitteilte, von einer Subversivität der Weisheit des Vierteilungsamtes nachgeprüft werden. Die Wahl des Vorstandes konnte, da bei Versammlung an der von Groß-Berlin veranlasseten Demonstration teilnehmen wollten, nicht vorgenommen werden und soll in einer demnächst stattfindenden Generalversammlung erfolgen.

Wahlische Schule in Reichswehr. Die Listen zur Einzeichnung für die Einzeichnung der wehrlichen Schule liegen bis zum 12. Februar u. a. aus bei Wahl, Sozialdemokrat, Vorkriegsstr. 66.

Reichsverband der Kriegsteilnehmer. Kriegsteilnehmer und Kriegesinterblichenen, Ortsgruppe Groß-Berlin, Bezirk 31 (Niedenberg), Versammlung am Dienstag, den 8. Februar im Göttinger-Angebot, Rathausstraße. Referat: Kun. Werbe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 9. Februar 1921.

12. Ubr. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Baumgartenstraße 126. Referent: Dr. Kleinfeld. Thema: Parteiprogramm.

10. Ubr. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Baumgartenstraße 126. Referat: Kun. Werbe.

10. Ubr. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Baumgartenstraße 126. Referat: Kun. Werbe.

